



Vorlage an das Stadtparlament

vom 12. September 2006 Nr. 2164

Schulleitungen

Neue Anstellungsbedingungen für die Schulleitungen in der Stadt St.Gallen

1 Schulleitungen in der Stadt St.Gallen

Die Stadt St.Gallen kann zurückblicken auf eine jahrzehntelange Tradition mit Schulvorsteherinnen und Schulvorstehern in den Primar- und Oberstufenschulhäusern. Trotzdem bedeutete es eine Pionierleistung, als vor mehr als zehn Jahren anlässlich der Reorganisation der Schulbehörden die sogenannten „teilautonomen Schulen“ in der Stadt eingeführt und die damaligen Schulvorsteherinnen und -vorsteher, welche in ihren Teams „primus inter pares“ waren und die Schule gegen aussen vertraten, mit erweiterten Funktionen ausgestattet wurden. Mit den teilautonomen Schulen wurden administrative Aufgaben, aber auch die Schulentwicklung in den Quartieren weitgehend der Verantwortung der einzelnen Schulhäuser überlassen. Die Schulvorsteherinnen und -vorsteher übernahmen damit erstmals Führungsaufgaben und wurden zu Schulleitungen. Dem Einflussbereich der Schulleitungen entzogen blieben aber Aufgaben der Personalführung und Personalqualifikation. Diese Funktionen waren dem Bezirks- und dem städtischen Schulrat vorbehalten.

Das Führungsmodell der teilautonomen Schule war damals weit über die Kantonsgrenze hinaus ein Novum. Es gab kaum Erfahrungswerte für die Formulierung von Anforderungsprofilen. Die Direktion Schule und Sport war deshalb gezwungen, eigenständig eine Ausbildung für Schulleitungen zu lancieren und die Anstellungsbedingungen zu formulieren.

Die damalige Pionierleistung der Stadt St.Gallen war später für etliche Gemeinden Vorbild für ein eigenes Herantasten an ein Schulleitungsmodell. Die Stadt darf für sich in Anspruch nehmen, dass sie wesentlich die Einsicht gefördert hat, dass den komplexen Herausforderungen einer sich wandelnden Schule nur durch eine Verstärkung der Professionalität in der Führung begegnet werden kann.



2 Bisherige Anstellungsbedingungen für Schulleitungen

Die Anstellungsbedingungen für die Schulleitungen bestanden aus einer Entlastung vom Unterrichtpensum für die Bewältigung der zusätzlichen Aufgaben und einer geldwerten Entschädigung als Abgeltung der Übernahme der neuen Funktion und Verantwortung. Das erste Reglement zur Festlegung der Entlastungsstunden und der Funktionsentschädigungen für Schulleitungen stammt aus dem Jahre 1984. Mit der Änderung der Schulordnung sowie neuen schulischen Bedürfnissen wurde dieses Reglement durch Beschlüsse aus den Jahren 1990 und 1994 ergänzt.

Im Jahre 1999 beauftragte der damalige Grosse Gemeinderat den Stadtrat, die „Anzahl der Schulleitungsentlastungsstunden, unabhängig vom weiteren Vorgehen zur Schulbehördenorganisation, zu prüfen“. Dieser Auftrag gründete auf der Feststellung, dass die damalige Regelung die ausgewiesene Ausweitung des Aufgabenkreises nicht genügend ausgleichen konnte. Ein weiteres Hinausschieben der Entlastungsfrage wurde als nicht verantwortbar erachtet. Unabhängig von der bereits im Jahr 1999 angeregten Diskussion über eine neue Schulorganisation hegte der Grosse Gemeinderat die Erwartung, dass die Vorlage „Führung der Schulen“ mit Priorität behandelt und möglichst rasch eine neue Vorlage zur Regelung der Funktionsentschädigungen und Entlastungsstunden der Schulleitungen vorgelegt wird. Mit diesem Hinweis signalisierte der Grosse Gemeinderat, dass er die damals bestehende Regelung als nicht mehr zeitgemäss erachtete. Im August 2001 wurde dem Grossen Gemeinderat eine Übergangsregelung für die Funktionsentschädigungen und Entlastungslektionen (Führungspensum) der Schulleitungen der städtischen Volksschulen unterbreitet. In der Vorlage wurde explizit darauf hingewiesen, dass diese Regelung nur solange Gültigkeit haben kann, als kantonale Weisungen fehlen und noch keine revidierte Schulbehördenorganisation vorliegt. Für beide Intentionen wurde auf das Jahr 2005 verwiesen.

Nach wie vor wird die Führungsverantwortung mit einer Funktionszulage zum ordentlichen Lehrergehalt abgegolten. Für die Wahrnehmung der Führungsaufgaben erhalten die Schulleitungen Entlastungslektionen. Die für jedes Schulhaus berechneten Entlastungslektionen bilden gleichzeitig das Führungspensum.

Die Funktionszulage ist einheitlich geregelt. Aktuell erhalten die Schulleitungen der Primarschulen eine jährliche Funktionszulage zum ordentlichen Lehrergehalt von CHF 16'431.–, Schulleitungen der Oberstufen von CHF 19'159.–. Eine Differenzierung der Funktionszulage in Abhängigkeit vom Schulquartier sieht die jetzige Regelung nicht vor. Alle Schulleitungen einer Stufe verdienen grundsätzlich gleich viel.



Differenziert wird dagegen bei den Entlastungslektionen. Die Anzahl Entlastungslektionen zeigt die nachfolgende Tabelle:

Primarschule	Entlastungen bisher (2005/2006)			
	Anzahl Klassen	Anzahl Kindergärten	Total Klassen	Grundentlastung
Leonhard	10	3	13	12
Tschudiwies	6	4	10	11
Riethüsli	11	4	15	12
Spelterini	12	4	16	14
Hebel/Bach	12	4	16	14
Rotmonten/Gerhalde	17	6	23	20
Heimat/Buchwald	16	6	22	19
Grossacker	18	7	25	17
Oberzil/Buchental	24	7	31	22
Halden	12	6	18	15
Schönenwegen/Lachen	14	5	19	22
Boppartshof	19	5	24	19
Engelwies	11	4	15	14
Kreuzbühl/Hof	14	5	19	20
Feldli/Schoren	14	6	20	16
	210	76	286	247
Vollpensen (30 Lektionen)				8.23

Oberstufe	Entlastungen bisher (2005/2006)	
	Anzahl Klassen	Grundentlastung (1)
Bürgli	19	20
Blumenau	14	17
Real Ost	12	16
OZ Zil	14	16
Real West	13	16
OZ Schöna	16	16
	88	101
Vollpensen (30 Lektionen)		3.37

Das Total an Entlastungslektionen für die Schulleitungen der Primar- und Oberstufe beträgt aktuell 11,6 Pensen (3,37 + 8,23 Pensen).



3 Kantonale Weisungen zur Schulleitung

Das Erziehungsdepartement und der Erziehungsrat des Kantons St.Gallen haben am 1. September 2004 „Weisungen zur Schulleitung“ erlassen. Diese sollten von den Schulgemeinden auf Beginn des Schuljahres 2005/2006 umgesetzt werden. Die Weisungen waren die Folge des VII. Nachtrags zum Volksschulgesetz, welcher die geleiteten Schulen „mit Schulleitungen, welche Führungsfunktionen übernehmen“, allen Schulgemeinden als Organisationsform vorschreibt. Ebenfalls mit dem VII. Nachtrag wurden die Bezirksschulräte in die regionale Schulaufsicht überführt und deren Aufgaben gestrafft. Die bislang vom Bezirksschulrat wahrgenommenen Aufsichts- und Visitationsfunktionen in den Schulhäusern und gegenüber den Lehrpersonen wurden aufgehoben. Demgegenüber wurden den Schulleitungen sowohl bei der Qualitätssicherung wie auch der Visitation der Lehrpersonen umfassende Kompetenzen übertragen.

Die kantonalen „Weisungen zur Schulleitung“ regeln in den Art. 1 - 5 Bestand, Zuständigkeit und Anstellung der Schulleitungen. Zur Zuständigkeit der Schulleitungen äussern sich Erziehungsrat und Erziehungsdepartement explizit in einem Anhang 1 am Beispiel eines empfohlenen Modells über Zielsetzung, Aufgaben und Tätigkeit einer voll ausgebauten Schulleitung.

Die Schulleitung ist demzufolge verantwortlich für die lokale Qualitätssicherung, die umfassende organisatorische Führung der Schulen bzw. der Schulquartiere, die Information und vor allem die Personalführung. Zu den wesentlichen Merkmalen der Personalführung gehören nach den Kantonalen Vorstellungen das Mitwirken bei der Einstellung und Kündigung von Lehrpersonen, das Führen von Mitarbeitergesprächen, aber auch das Fördern, Beraten und Begleiten der Lehrpersonen. Die Schulleitung wirkt auch mit bei der systematischen lohnwirksamen Qualifikation (SLQ). Es können ihr die Kompetenz zum Unterrichtsbesuch und zu dessen Qualifikation übertragen werden. Ebenso wird die Schulleitung Unterstützungs- und Förderangebote für die Schülerinnen und Schüler organisieren und gemäss den gemeindeinternen Vorgaben bewilligen.

Auf der Basis dieses empfohlenen Modells einer voll ausgebauten Schulleitung wird in einem Anhang 2 zur Konkretisierung von Art. 5 der „Weisungen zur Schulleitung“, welcher die Anstellung der Schulleitungen erfasst, ein Berechnungsmodell zum Führungspensum und zur lohnmässigen Einstufung abgehandelt. Gegenüber der bisherigen städtischen Anstellungsregelung für Schulleitungen mit Funktionszulage und Entlastungslektionen wird mit den kantonalen Weisungen ein Wechsel vollzogen. Die Schulleitungen sind nicht mehr Lehrpersonen mit besonderen Aufgaben, sondern in Bezug auf ihre Führungsaufgaben Verwaltungspersonal und dementsprechend nach dem gemeindeeigenen Dienstrecht für das Verwaltungspersonal anzustellen. Bestehen in einer Gemeinde keine eigenen dienstrechtlichen



Vorschriften, kommt kraft subsidiären Gesetzesrechts das Dienstrecht für das Staatspersonal zum tragen.

Die Art. 6 - 9 der Weisungen äussern sich zum Führungspensum und zur Entlöhnung der Schulleitungen. Die kantonalen Ausführungen dazu sind jedoch nicht als Weisungen, sondern als Richtlinien zu betrachten, d.h. im Vollzug haben die Gemeinden einen Ermessensspielraum.

Die Art. 10 - 11 der kantonalen Weisungen betreffen das Unterrichtspensum. Umfasst das Führungspensum kein volles Unterrichtspensum, können die Schulleitungen ein ergänzendes Unterrichtspensum übernehmen. Je nach Umfang des Unterrichtspensums geschieht dies mittels Wahl oder Lehrauftrag.

In Art. 12 halten die Weisungen schliesslich fest, dass diese ab 1. August 2005 anzuwenden sind. Im Hinblick auf die Schulorganisation 2007 hat jedoch das Kantonale Erziehungsdepartement einem Gesuch der Direktion Schule und Sport entsprochen, in den Schulen der Stadt St.Gallen die Umsetzung der Weisungen bis zum Beginn des Schuljahres 2007/2008 zu verschieben.

3.1 Wertung der kantonalen Weisungen

Mit den „Weisungen zur Schulleitung“ und den Anhängen 1 und 2 definiert der Kanton die Funktion der Schulleitungen sowohl nach Aussen als auch nach Innen und schafft Transparenz. Eltern und Partnerorganisationen der Schulen haben in den Schulleitungen einen verlässlichen Ansprechpartner mit klar definierten Funktionen. Die Lehrpersonen dürfen eine fachlich qualifizierte Unterstützung erwarten. Die Forderung, dass professionelle Mitarbeitende ein Recht auf professionelle Führung haben, kann umgesetzt werden. Das Wissen um die Unterrichtsstile der ihr zugeteilten Lehrpersonen eröffnet den Schulleitungen die Chance, auf Anfragen von Eltern zur Unterrichtsgestaltung reagieren zu können. Die bisherige aufgesplittete Zuständigkeit für die Führungsverantwortung wird durch eine „voll ausgebaut Schulleitung“ weitgehend aufgehoben. Mit diesen Vorgaben für die Schulleitungen setzt der Kanton ein Signal, dass er definitiv Abschied nehmen will von Vorstellungen von Schulvorständen als *primis inter pares*, welcher formell als Informationsträger zwischen Schule und entscheidender Behörde bzw. Verwaltung diene.

Gleichzeitig wird anerkannt, dass Schulleitungen Führungspersonen sind, welche die Grundausbildung zur Lehrkraft absolviert und für die Führungsfunktion zertifizierte Weiterbildungen durchlaufen haben. Als Führungspersonen sind sie Kader und Vorgesetzte von Lehrpersonen, gleichzeitig aber auch Kontaktstelle für Eltern. Sie übernehmen wichtige Aufgaben, wel-



che bisher Behörden vorbehalten waren, und fällen in dieser Funktion Entscheidungen. Die Weisungen anerkennen, dass diese Funktionen der Schulleitungen mit Kaderlöhnen zu honorieren sind.

Mit den Weisungen und den Anhängen 1 und 2 verzichtet der Kanton darauf, die Schulleitungen und deren Entlohnung in die kantonale Besoldungsordnung für Lehrpersonen aufzunehmen, wie er das beispielsweise für die Rektoren und Rektorinnen der Mittelschulen gemacht hat. Ihre Führungsaufgaben nehmen die Schulleitungen nicht mehr als Lehr-, sondern als Verwaltungsperson wahr, während sie für die Unterrichtstätigkeit - sofern sie eine solche ausüben - weiterhin als Lehrperson angestellt bleiben. Dies führt zu bedeutend komplizierteren Anstellungsbedingungen als bisher.

Wenn auch die Weisungen in Bezug auf die Anstellungsbedingungen der Schulleitungen (Führungspensum und Entlohnung) als Richtlinien zu betrachten sind und den Gemeinden ein Ermessensspielraum zusteht, macht es doch Sinn, sich bei der Festlegung der Führungspensen und derlohneinstufung an diesen Richtlinien zu orientieren. Damit wird sichergestellt, dass im ganzen Kanton den Schulleitungen mindestens vergleichbare Anstellungsbedingungen geboten werden können und zwischen den Gemeinden nicht eine Lohnkonkurrenz entsteht. Ebenso ist zu berücksichtigen, dass bei der Erarbeitung der Kantonalen Weisungen auch der Verband St.Galler Volksschulträger (SGV) aktiv beteiligt war, in dessen Vorstand auch zwei Vertretungen der Stadt Einsitz haben. Gestützt auf vom Vorstand des SGV in Zusammenarbeit mit dem Kantonalen Lehrer- und Lehrerinnenverband (KLV) gesammelten Informationen kann festgestellt werden, dass die Richtlinien des Kantons zur Berechnung des Entlastungspensums und zur Entlohnung der Schulleitungen in allen Schulgemeinden angewendet und umgesetzt werden.

4 Neue Anstellungsbedingungen für die städtischen Schulleitungen

Nach den kantonalen Weisungen ist mit den Schulleitungen für ihre Führungstätigkeit ein Anstellungsvertrag, basierend auf dem Dienstrecht für Verwaltungsangestellte abzuschliessen. Dieser Anstellungsvertrag hat als wesentlichen Inhalt das Führungspensum bzw. die Entlastungslektionen und die Entlohnung der Schulleitungen zu bestimmen.

Führt die Grösse des Schulquartiers bzw. des Schulhauses zu keiner vollzeitlichen Tätigkeit als Schulleitung, kann dieser ergänzend ein Unterrichtspensum zugeteilt werden. Für die Unterrichtstätigkeit erhält die Schulleitung eine Anstellung als Lehrkraft auf der Grundlage des kantonalen Dienstrechts für Lehrpersonen.

Die nachstehenden Ausführungen zum Führungspensum und zur Entlohnung halten sich bei der Berechnung an die Kantonalen Weisungen.



4.1 Berechnung des Führungspensums bzw. der Entlastungslektionen

Massgebend für die Berechnung des Führungspensums bzw. der Entlastungslektionen sind die Anzahl der im zugeteilten Schulquartier zu betreuenden Klassen (je 2 Prozent Führungspensum) und die Anzahl der im Unterricht eingesetzten Lehrpersonen. Für letztere gibt es zwei Berechnungsvarianten. Bleibt die Visitation der Lehrperson weitgehend Sache des Schulrates, beträgt das Führungspensum ein Prozent pro Lehrperson. Übernimmt dagegen die Schulleitung die umfassende Verantwortung bei der Personalführung (voll ausgebaute Schulleitung), d.h. sie übernimmt auch die Visitation und Qualifikation der Lehrpersonen, beträgt das Führungspensum pro Lehrperson 1,3 Prozent. Die Differenz von 0,3 Prozent basiert auf der Annahme, dass jede Lehrperson zwei Mal pro Jahr im Unterricht besucht wird. Einschliesslich der Nachbesprechung werden für diesen Einsatz fünf bis sechs Arbeitsstunden errechnet. Ausgehend von einer Jahresarbeitszeit von 1'920 Stunden entsprechen diese fünf bis sechs Arbeitsstunden einem Führungspensum von ca. 0,3 Prozent. Bei der Berechnung der Mehrkosten der Schulorganisation 2007 ist dies berücksichtigt. Für die städtischen Schulleitungen errechnet sich das Führungspensum nach der Variante „voll ausgebaute Schulleitung“.

Das nach der Anzahl Klassen und Lehrpersonen errechnete Führungspensum gilt als Grundentlastung. Diese Grundentlastung kann kumulativ um je maximal zehn Prozente erhöht werden, falls

- a) der Schulleitung kein eigenes Sekretariat zur Verfügung steht,
- b) das Schulquartier einen Anteil von mehr als 30 Prozent von Kindern aus anderen Kulturkreisen aufweist oder eine komplexe Organisationsform (z.B. zwei Schulhäuser) besteht.

In der nachfolgenden Tabelle wurde für die Primarschulquartiere generell berücksichtigt, dass kein Sekretariat zur Verfügung steht. Der Korrekturzuschlag (KF a) ist separat im Maximum von zehn Prozent ausgewiesen und nicht zum Führungspensum dazugerechnet. Die Idee ist, diese Pensen für die Einführung von Poolmitteln für Sekretariatsarbeiten zu nutzen. Demgegenüber ist der Zuschlag zum Führungspensum sowohl beim Vorliegen einer komplexen Organisationsform als auch einem über 30-prozentigem Anteil von Kindern aus anderen Kulturkreisen differenziert umgesetzt. Die Führung eines zweiten Schulhauses im Schulquartier führt zu einem Zuschlag von drei Prozent, die Belastungen durch soziale Begebenheiten werden nach dem Belastungsgrad abgestuft berücksichtigt.

Führungspensum bzw. Entlastungen für Primarschul- und Oberstufenschulleitungen mit Vergleich zur Ist-Situation:



Primarschule	Entlastungen		Entlastungen															
	bisher		neu		ohne Visitation							mit Visitation						
	Anzahl Klassen	Grund-Entlastungen	Personen	Anzahl Klassen	1 % pro Person	2 % pro Klasse	Grund-Entlastung	KF b) %	KF b) in % v. Grund-Entlastung	Führungs-Pensen in %	Führungspensum in Lektionen	1.3 % pro Person	2 % pro Klasse	Grund-Entlastung in %	KF a) = 10 % der Grundentlastung für Sekretariate	KF b) in % v. Grund-Entlastung	Führungs-Pensen in %	Führungspensum in Lektionen
Leonhard	13	12	26	13	26.0	26.0	52.0	8.0	4.2	56.2	16.9	33.8	26.0	59.8	6.0	4.8	64.6	19.4
Tschudiwies	10	11	20	10	20.0	20.0	40.0	10.0	4.0	44.0	13.2	26.0	20.0	46.0	4.6	4.6	50.6	15.2
Riethüsli	15	12	23	15	23.0	30.0	53.0	3.0	1.6	54.6	16.4	29.9	30.0	59.9	6.0	1.8	61.7	18.5
Spelterini	16	14	33	16	33.0	32.0	65.0	8.0	5.2	70.2	21.1	42.9	32.0	74.9	7.5	6.0	80.9	24.3
Hebel/Bach	16	14	28	16	28.0	32.0	60.0	3.0	1.8	61.8	18.5	36.4	32.0	68.4	6.8	2.1	70.5	21.2
Rotmonten/ Gerhalden	23	20	41	23	41.0	46.0	87.0	3.0	2.6	89.6	26.9	53.3	46.0	99.3	9.9	3.0	102.3	30.7
Heimat/Buchwald	22	19	31	22	31.0	44.0	75.0	10.0	7.5	82.5	24.8	40.3	44.0	84.3	8.4	8.4	92.7	27.8
Grossacker	25	17	40	25	40.0	50.0	90.0	5.0	4.5	94.5	28.4	52.0	50.0	102.0	10.2	5.1	107.1	32.1
Oberzil/Buchental	31	22	53	31	53.0	62.0	115.0	8.0	9.2	124.2	37.3	68.9	62.0	130.9	13.1	10.5	141.4	42.4
Halden	18	15	32	18	32.0	36.0	68.0	5.0	3.4	71.4	21.4	41.6	36.0	77.6	7.8	3.9	81.5	24.5
Schönenwegen/ Lachen	19	22	33	19	33.0	38.0	71.0	10.0	7.1	78.1	23.4	42.9	38.0	80.9	8.1	8.1	89.0	26.7
Boppartshof	24	19	46	24	46.0	48.0	94.0	0.0	0.0	94.0	28.2	59.8	48.0	107.8	10.8	0.0	107.8	32.3
Engelwies	15	14	29	15	29.0	30.0	59.0	8.0	4.7	63.7	19.1	37.7	30.0	67.7	6.8	5.4	73.1	21.9
Kreuzbühl/Hof	19	20	36	19	36.0	38.0	74.0	8.0	5.9	79.9	24.0	46.8	38.0	84.8	8.5	6.8	91.6	27.5
Feldli/Schoren	20	16	31	20	31.0	40.0	71.0	8.0	5.7	76.7	23.0	40.3	40.0	80.3	8.0	6.4	86.7	26.0
	286	247							67.4		342.6				122.5	76.9		390.5
Planstellen		8.23									11.42				1.22			13.02

Oberstufe	Entlastungen		Entlastungen															
	bisher		neu		ohne Visitation							mit Visitation						
	Anzahl Klassen	Total Entlastungen	Personen	Anzahl Klassen	1 % pro Person	2 % pro Klasse	Grund-Entlastung	KF b) %	KF b) in % v. Grund-Entlastung	Führungs-Pensen in %	Führungspensum in Lektionen	1.3 % pro Person	2 % pro Klasse	Grund-Entlastung	KF a) = 10 % der Grundentlastung	KF b) in % v. Grund-Entlastung	Führungs-Pensen in %	Führungspensum in Lektionen
Bürgli	19	20	41	19	41.0	38.0	79.0	10.0	7.9	86.9	26.1	53.3	38.0	91.3	9.1	9.1	100.4	30.1
Blumenau	14	17	29	14	29.0	28.0	57.0	3.0	1.7	58.7	17.6	37.7	28.0	65.7	6.6	2.0	67.7	20.3
Real Ost	12	16	24	12	24.0	24.0	48.0	8.0	3.8	51.8	15.5	31.2	24.0	55.2	5.5	4.4	59.6	17.9
OZ Zil	14	16	30	14	30.0	28.0	58.0	8.0	4.6	62.6	18.8	39.0	28.0	67.0	6.7	5.4	72.4	21.7
Real West	13	16	31	13	31.0	26.0	57.0	10.0	5.7	62.7	18.8	40.3	26.0	66.3	6.6	6.6	72.9	21.9
OZ Schönau	16	16	30	16	30.0	32.0	62.0	8.0	5.0	67.0	20.1	39.0	32.0	71.0	7.1	5.7	76.7	23.0
	88	101							28.7		116.9				41.6	33.2		134.9
Planstellen		3.37									3.90				0.42			4.50



Das Führungspensum für die Schulleitungen Primarschulen beträgt bei vollausgebauter Schulleitung, d.h. die Schulleitungen sind auch vollumfänglich mit der Visitation betraut, 13,02 Planstellen, für die Oberstufe 4,5 Planstellen. Dies führt gegenüber der heutigen Entlastung von 8,23 Planstellen bei den Primar- und 3,37 Planstellen bei den Oberstufenschulleitungen zu einer Zunahme um 4,79 Planstellen bei den Primar- und 1,13 Planstellen bei den Oberstufenschulleitungen.

Folgte nur ein Teilausbau der geleiteten Schule ohne Visitation durch die Schulleitungen, reduzierte sich die Zunahme des Führungspensums bei den Primarschulleitungen auf 3,19 Planstellen und bei den Oberstufenschulleitungen auf 0,53 Planstellen.

Die Summe der für die Sekretariate zur Verfügung stehenden Führungspensen (je 10 Prozent der Grundentlastung) betragen für die Primarschulleitungen 1,22 Planstellen, für die Oberstufe 0,42.

Die Summe der Führungspensen für Primarschul- und Oberstufenschulleitungen ist in den Stellenplan des Schulamtes aufzunehmen. Die Schulleitungen sind künftig im Ausmasse ihrer Entlastung als Verwaltungspersonal anzustellen. Die Führungspensen für Sekretariate werden in Sekretariatsstellen umgewandelt und als solche ebenso in den Stellenplan des Schulamtes integriert. Dementsprechend reduziert sich die Anzahl der Planstellen beim Stellenplan für die Lehrpersonen, da bisher die Schulleitungen als Lehrpersonen mit speziellen Funktionen galten.

Bei den Verhandlungen über das Führungspensum bzw. die Entlastungen machten die Oberstufenschulleitungen geltend, dass die spezielle Oberstufensituation in der Stadt zu einer überdurchschnittlichen Belastung der Schulleitungen in Schulhäusern mit Realklassen wegen zusätzlicher erzieherischer und sozialpädagogischer Aufgaben führt. Sie wünschten deshalb, dass Kleinklassen nicht mit einem Führungspensum von zwei, sondern von vier Prozenten berücksichtigt werden. Obwohl für das Anliegen grundsätzlich Verständnis besteht, wurde dieses nicht weiter berücksichtigt. Die Stadt hielt sich bei der Berechnung des Führungspensums strikt an die Kantonalen Weisungen, auch wenn diese im Sinne von Richtlinien nicht zwingend sind. Damit verzichtet die Stadt darauf, das Führungspensum der Schulleitungen nach freiem Ermessen festzulegen. Insofern stellt die vorliegende Lösung ein Optimum dar. Darüber hinaus stehen den Oberstufen-Schulleitungen bereits aktuell Sekretariate zur Verfügung, die stellenmässig über dem Sekretariatspensum gemäss den Kantonalen Weisungen liegen.



4.2 Entlöhnung der Schulleitungen

Schulleitungen sind Kader und sollen dementsprechend entlöhnt werden. Gemäss den Empfehlungen des Kantons soll die Entlöhnung der Schulleitungen unter Berücksichtigung von Ausbildung, Verantwortung und bisherigem Gehalt zehn bis 20 Prozent über demjenigen der Lehrpersonen liegen. Empfohlen wird die Einreihung der Schulleitungen in die Gehaltsklassen 24 bis 28 gemäss Dienst- und Besoldungsreglement für das Staatspersonal. Je nach Einstufung besteht bei guter Arbeitsleistung die Möglichkeit eines Stufenanstiegs und nach positiv verlaufener Qualifikation auch einer Beförderung in die nächst höhere Gehaltsklasse.

Für die städtischen Schulleitungen ist in analoger Weise vorgesehen, diese in die Lohnklassen 18-20 und die Schulleitungen der Oberstufe in die Lohnklassen 19-21 gemäss städtischem Personalreglement einzustufen. Die damit eröffnete Besoldungsspanne entspricht weitgehend den kantonalen Richtwerten.

Ausgehend von der aktuellen Entlöhnung (Lehrerlohn ergänzt durch eine Funktionszulage von CHF 16'431.– bzw. CHF 19'159.–) lassen sich die Primarschulleitungen ohne nennenswerte finanzielle Anpassungen in das neue Besoldungsschema einfügen. Dagegen drängen sich Übergangsregelungen bei der Entlöhnung der Schulleitungen der Oberstufe auf. Diese übersteigen aktuell die vom Kanton fixierte obere Limite der kantonalen Gehaltsklasse 28 für das Staatspersonal. Den Schulleitungen der Oberstufe soll deshalb zur Wahrung des Besitzstandes - letzterer war den Schulleitungen in Aussicht gestellt worden und ist auch in den Weisungen des Kantons vorgesehen - zum Lohnmaximum der Lohnklasse 21 (gemäss städtischem Personalreglement) zusätzlich eine jährliche Funktionszulage ausbezahlt werden. Diese bewegt sich je nach Führungspensum zwischen CHF 5'400.– und CHF 9'600.–. Für neue Schulleitungen der Oberstufe besteht selbstredend kein Anspruch auf eine Funktionszulage.

Der Wechsel der Schulleitungen von der „Lehrperson mit besonderen Aufgaben“ zum Kader Verwaltungspersonal führt nicht zu einer unmittelbaren Bruttolohnerhöhung. Aufgrund der Lohnentwicklung bei den Primarschulleitungen und der einmaligen Nachzahlungen in die Pensionskasse (Erhöhung der versicherten Besoldung) entstehen jedoch Mehrkosten. Wie das übrige Verwaltungspersonal kommen die Schulleitungen neu in den Genuss besonderer städtischer Leistungen wie der Wohnsitzzulage und der Familienzulage.

Den Schulleitungen ist freigestellt, nebst dem Führungspensum Unterricht zu erteilen. Vor dem Hintergrund der künftigen Leistungsbeurteilung der Lehrpersonen wird es begrüsst, wenn die Schulleitungen ein minimales Pensum unterrichten. Dafür wird ihnen für drei Lektionen Unterricht das Schulleitergehalt in Form einer Zulage zum Lehrergehalt ausgerichtet.



Mit dieser Regelung erfährt die Schulleitung für die drei Lektionen Lehrtätigkeit in Relation zum Schulleitergehalt keine Lohneinbusse. Die daraus resultierenden geschätzten Kosten von CHF 11'000 - basierend auf den aktuell berechneten Gehälter der Schulleitungen - sind in die Lohnentwicklung einbezogen worden (vgl. dazu 5.2 Lohnentwicklung Primarschulstufe).

4.3 Personalrechtliche Folgen der Anstellungsbedingen für Schulleitungen

Als Führungskraft für die Schulleitungsaufgabe sind die Schulleitungen auf der Grundlage des kommunalen Dienstrechts für das Führungs- und Verwaltungspersonal anzustellen. Da das städtische Personalreglement Kindergärtnerinnen und Lehrpersonen - bisher galten Schulleitungen als Lehrpersonen mit zusätzlichen Aufgaben - ausschliesst, haben neu grundsätzlich die Bestimmungen des Personalreglements auch für die Schulleitungen Gültigkeit. Wegen der speziellen Stellung der Schulleitungen sind jedoch ergänzende Bestimmungen zum Personalreglement zu erlassen. Die spezielle Stellung der Schulleitungen ergibt sich daraus, dass sie in der Regel nebst ihrer Führungsfunktion ein Unterrichtspensum versehen und dafür nach kantonalem Lehrerdienstrecht angestellt sind. Künftig wird deshalb die grosse Mehrheit der Schulleitungen zwei auf unterschiedlichen Rechtsgrundlagen basierende Anstellungsverfügungen haben; eine nach städtischem Personalreglement und eine nach dem Kantonalen Gesetz über die Besoldung der Volksschullehrer. Die ergänzenden Bestimmungen haben zu regeln, welches Recht oder welche Personalfragen anzuwenden sind. Der Stadtrat soll deshalb die Kompetenz erhalten, in einem Nachtrag XV zum Personalreglement für die Schulleitungen ergänzende Bestimmungen zu erlassen. Diese Kompetenzdelegation ist die wie folgt formuliert:

„Art. 1 Abs. 3: Zu den Anstellungsbedingungen für Schulleitungen erlässt der Stadtrat ergänzende Bestimmungen“ (vgl. Anhang 1).

Diese ergänzenden Bestimmungen haben in Abweichung vom Personalreglement zu regeln:

- Berufliche Vorsorge: Bei einem voll- oder teilzeitlichen Anstellungsverhältnis als Schulleitung richtet sich die Versicherungspflicht bei der beruflichen Vorsorge nach dem Gesetz über die Besoldung der Volksschullehrer.
- Auskauf der Rentenkürzung: Die Möglichkeit des Auskaufs, die Rentenkürzung und Berechnung der massgeblichen Auskaufssumme richten sich nach der Verordnung über die Kantonale Versicherungskasse.
- Pensionierung wegen verminderter Arbeitsfähigkeit: Ist die Arbeitsfähigkeit einer Schulleitung stark vermindert, kann der Stadtrat der Kantonalen Lehrerversicherungskasse (KLVK) die vollständige oder teilweise Pensionierung beantragen, wenn a) die Verminde-



rung der Arbeitsfähigkeit seit zwölf Monaten besteht und b) voraussichtlich von Dauer ist.

- Kündigung: Das Dienstverhältnis kann ausserhalb der Probezeit beidseits schriftlich gemäss den Fristen des Volksschulgesetzes aufgelöst werden (jeweils auf Semesterende).
- Erhöhung innerhalb einer Lohnklasse: Bis zur Erreichung des Höchstbetrages der massgebenden Lohnklasse kann der Jahreslohn bei guten Leistungen auf Beginn des Kalenderjahres um eine halbe Stufe erhöht werden. Bei besonders guten Leistungen ist eine zusätzliche Erhöhung möglich.
- Treueprämie: Die Treueprämie wird für den Schulleitungsteil gemäss Gesetz über die Besoldung der Volksschullehrer ausgerichtet. Für den Unterrichts- wie für den Schulleitungsanteil gilt dasselbe Treueprämien-Dienstjahr.
- Lohnzahlung bei Krankheit oder Unfall: Ausserhalb der Probezeit richtet sich der Anspruch auf Lohnzahlung bei Krankheit oder Unfall sowie deren Berechnung nach dem Gesetz über die Besoldung der Volksschullehrer.
- Prämien der Unfallversicherung: Für die Unfallversicherung gilt die Regelung gemäss Gesetz über die Besoldung der Volksschullehrer.
- Weiterbildung: Der Anspruch auf Bildungsurlaub beurteilt sich nach den Bestimmungen des Gesetzes über Besoldung der Volksschullehrer. Unterrichts- und Schulleitungsteil werden als ein Pensum betrachtet. Während des Bildungsurlaubs erfolgt die Lohnfortzahlung getrennt als Schulleitung und Lehrperson. Im Übrigen gelten für die Schulleitungen die Bestimmungen des Weiterbildungsreglements. Über Ausnahmen entscheidet im Einzelfall die Leitung Schulamt.

5 Kosten

Die neuen Anstellungsbedingungen für die Schulleitungen generieren Kosten für das zusätzliche Führungspensum bzw. die zusätzlichen Entlastungslektionen einschliesslich der Nebenkosten, für Lohnentwicklung und Lohnnebenkosten sowie für die Sekretariatslektionen.

5.1 Zusätzliche Entlastungen für Schulleitungen

Pensen alt	Pensen neu	Differenz	Lohnansatz	Lohnkosten	AG-Beiträge	Total CHF
8.23	13.02	4.79	100'000	479'000	15 %	551'000
Primarschule (auf der Basis Lehrer Primarschulgehalt)						
3.37	4.50	1.13	120'000	135'600	15 %	156'000
Oberstufe (auf der Basis Lehrer Oberstufengehalt)						
Total zusätzliche Entlastungen						707'000



5.2 Löhne / Lohnnebenkosten für Schulleitungen

		Lohnkosten	AG-Beiträge	Total CHF
Lohnentwicklung Primarschulstufe:		70'000	15 %	81'000
Lohnentwicklung Oberstufe	keine Mehrkosten, Besitzstandwahrung			
Pensionskassenbeiträge/ einmalige Nachzahlungen an KLVK (23 x 8'000.-; Erhöhung der versicherten Besoldung)				184'000
Wohnsitz- und Familienzulage				70'000
Total Löhne / Lohnnebenkosten				335'000

5.3 Sekretariate

Sekretariatspensen Primarschulstufe (auf der Basis Schulleitungsgehalt)						
Pensen alt	Pensen neu	Differenz	Lohnansatz	Lohnkosten	AG-Beiträge	Total CHF
0	1.22	1.22	130'000	158'600	15 %	182'000
Sekretariatspensen Oberstufe						
1.48	0.42	./ 1.06	auf eine Reduktion wird verzichtet (vgl. Ziff. 5.5)			
./ Klassenzulage PS für Sekretariate						- 64'000
Total Sekretariate						118'000

Total der Kosten zur voll ausgebauten Schulleitung	1'160'000
---	------------------

Von diesen Kosten fallen CHF 976'000 wiederkehrend an. CHF 184'000 sind einmalige Nachzahlungen an die Kantonale Lehrerversicherungskasse.

Es ist vorgesehen, die neuen Anstellungsbedingungen zur voll ausgebauten Schulleitung auf 1. August 2007 in Kraft zu setzen. Die entsprechenden Kosten werden ins Budget 2007 aufgenommen.

5.4 Stellvertretungen

Die Berechnung des Führungspensums führt für einzelne grosse Schulhäuser wie Oberzil und Boppartshof zu Entlastungen von über 100 %. In diesen Fällen kann die Schulleitung nur durch die Installation von qualifizierten Stellvertretungen gewährleistet werden. Diese Stellvertretungen werden, falls sie die fachlichen Voraussetzungen erfüllen und zumindest mit einem Pensum von fünf Lektionen entlastet werden, für ihr Führungspensum mit einem durchschnittlichen Schulleitungslohn entschädigt. Entlastungspensen, die kleiner als fünf



Lektionen sind, können auf der Basis des bisherigen Lohns an Lehrpersonen übertragen werden (z.B. bei Übernahme von administrativen Aufgaben wie die Vorbereitung von Stundenplänen, Promotionen etc.).

5.5 Sekretariate

Die Entlastungslektionen für Sekretariate sollen dazu benützt werden, in den Primarschulhäusern Sekretariate einzuführen. Es macht wenig Sinn, wenn Kader mit entsprechender Entlohnung administrative Routineaufgaben übernehmen.

Wie in Ziff. 5 ausgeführt, stehen für die Primarschulen Sekretariatslektionen im Umfange von 1,22 Planstellen bzw. eine Lohnsumme von CHF 158'600 für Sekretariate zur Verfügung. Es ist vorgesehen, die Mittel für Sekretariate in einem Sekretariatspool zu verwalten und zentral einzusetzen. Damit wird verhindert, dass in einzelnen Schulhäusern Sekretariatsmitarbeitende mit einem äusserst geringen Beschäftigungsumfang eingesetzt werden. Das Zusammenfassen der Mittel eröffnet die Chance, dass übergreifend Know-how genutzt werden kann, was die Umsetzung gemeinsamer administrativer Vorgaben erleichtert. Die 1,22 Planstellen für Sekretariate führen zu einer Ausweitung der Sekretariatsstellen im Schulamt um 1,22 Stellen. Mit zusätzlichen 1,22 Sekretariatsstellen wird die auf der Basis der Schulleitungslöhne errechnete Lohnsumme für Sekretariate von CHF 158'600 nicht ausgeschöpft. Die Lohnsumme würde es grundsätzlich zulassen, rund 2,5 zusätzliche Sekretariatsstellen für die Primarschulen zu schaffen. Vorerst sollen aber Erfahrungen mit dem Sekretariatspool im Umfange von 1,22 Planstellen gesammelt werden. Für den Fall, dass sich die Stellendotierung als ungenügend erweist, soll diesem Umstand mit Aushilfsstunden im Umfange von max. CHF 80'000 begegnet werden.

Für die Oberstufe ist keine Korrektur der Sekretariatsstellen vorgesehen. Traditionell verfügen die Oberstufenschulhäuser über eigenständige Sekretariate. Diese sollen im jetzigen Umfang belassen werden. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass vor allem in Oberstufenschulen mit Kleinklassen nicht nur die Schulleitungen, sondern auch die Sekretariate stark gefordert sind.

Falls gewünscht, ist in grossen Schulhäusern eine zusätzliche Erweiterung der Sekretariate denkbar. Dafür können Entlastungspensen von Schulleitungen, die 100 % Beschäftigung übersteigen, genutzt werden. Ein Teil des Führungspensums wird in ein entsprechend erweitertes Sekretariatspensum umgewandelt. Diese Umwandlung hat kostenneutral zu erfolgen, d.h. es dürfen keine zusätzlichen Kosten entstehen.



6 Vorgezogene Gewährung von Entlastungslektionen

Die Schulorganisation 2007 überträgt den Schulleitungen Aufgaben und Kompetenzen im Sinne der „voll ausgebauten Schulleitung“, d.h. die Schulleitungen übernehmen auch die Visitation und Qualifikation der Lehrpersonen. Da bis Ende 2006 Gewissheit bestehen sollte, ob die Schulorganisation 2007 umgesetzt werden kann, sollen die neuen Anstellungsbedingungen für die Schulleitungen ab 1. August 2007 zum Tragen kommen.

Dessen ungeachtet erfüllen die Schulleitungen bereits seit Jahren Aufgaben, die mit den zurzeit gültigen Entlastungslektionen bei weitem nicht abgedeckt sind. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass die Schulleitungen mit Ausnahme der Personalführung bereits heute alle im Anhang 1 zu den „Kantonalen Weisungen zur Schulleitung“ aufgeführten Aufgaben erfüllen. Aus diesem Grunde sollen den Schulleitungen bereits per 1. August 2006 Entlastungslektionen für ein Führungspensum ohne den für die Visitation vorgesehenen Anteil und ohne die Sekretariatslektionen gewährt werden. Mit dieser Massnahme wird dem ausgewiesenen Bedarf an Zeitreserven für die Bewältigung der vielfältigen, unabhängig von der Schulorganisation 2007 anfallenden Aufgaben entsprochen und es werden die bereits im Jahre 2001 geäusserten Zusagen eingelöst.

Da im Hinblick auf die Schulorganisation 2007 und die Kantonalen Weisungen zur Schulleitung bereits Mittel für das zusätzliche Führungspensum der Schulleitungen ins Budget 2006 eingestellt worden sind, ist kein Nachtragskredit nötig.

7 Anträge

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Den neuen Anstellungsbedingungen für Schulleitungen mit jährlichen wiederkehrenden Kosten von CHF 976'000 für insgesamt 17,52 Schulleitungsstellen und 1,22 Sekretariatsstellen wird zugestimmt, und die entsprechenden Kredite werden ins Budget 2007 eingestellt.
2. Nachtrag XV zum Personalreglement vom 25. Oktober 1994 wird zugestimmt.

Der Stadtpräsident:
Hagmann

Im Namen des Stadtrats
Der Stadtschreiber:
Linke



Beilage:

Nachtrag XV zum Personalreglement vom 25. Oktober 1994

☐ keine Öffentlichkeitsarbeit

☐ Medienmitteilung

☒ Medienkonferenz

